

Merkel und Sarkozy wollen Vertragsänderung im März 2012

Automatische Sanktionen / Schuldenbremse / Parlamente behalten Haushaltshoheit

mic./hmk. PARIS/BRÜSSEL, 5. Dezember. Eine umfassende deutsch-französische Vereinbarung zur Änderung der europäischen Verträge haben Bundeskanzlerin Merkel und der französische Präsident Sarkozy am Montag in Paris vorgestellt. Deutschland und Frankreich streben an, für ihre Vorschläge zu automatischen Sanktionen für Haushaltssünder, einheitlichen Schuldenbremsen im Euroraum sowie Überprüfungen durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) schon beim EU-Gipfel am Ende der Woche die Zustimmung der anderen EU-Mitgliedstaaten zu gewinnen. Die detaillierte Vereinbarung wollen Paris und Berlin am Mittwoch in Briefform an den EU-Ratspräsidenten Van Rompuy senden. Ziel sei es, nach Möglichkeit alle 27 EU-Staaten von der Notwendigkeit der Vertragsänderung zu überzeugen, sagte die Bundeskanzlerin. Sollte dies nicht möglich sein, werde

schon beim EU-Gipfel darüber entschieden, die Änderungen im kleineren Kreis der Euro-Mitgliedstaaten voranzubringen. Frau Merkel und Sarkozy haben es eilig, noch vor den französischen Präsidentschaftswahlen im April und Mai soll im März 2012 die Vertragsänderung beschlossen werden. Das kündigte Frau Merkel an.

Die Bundeskanzlerin und der französische Präsident bekräftigten die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB). Die Einführung von Eurobonds lehnte Frau Merkel in Paris abermals ab. Sarkozy pflichtete ihr bei: „Es wäre unsinnig, gerade jetzt die Schulden zu vergemeinschaften, ohne dass wir die Staaten daran hindern könnten, neue Schulden aufzunehmen.“ Einmütigkeit herrschte darüber, alle EU-Staaten zur Einführung verfassungsrechtlich verankerter „einheitlicher“ Schuldenbremsen zu verpflichten. Dem EuGH soll über die angestrebte Ver-

tragsänderung das Recht eingeräumt werden, diese verfassungsrechtlichen Schuldenbeschränkungen zu überprüfen. Aufgabe des EuGH ist es demnach nicht, einzelne Haushalte zu überprüfen, sagte die Bundeskanzlerin. Präsident Sarkozy präzisierte, die nationalen Parlamente seien damit nicht ihrer Haushaltshoheit beraubt. Wichtig sei aber, dass der EuGH intervenieren könne, wenn ein Land sich nicht an die vereinbarten Schuldenregeln halte.

Die Europäische Kommission kritisierte unterdessen die deutsch-französische Forderung. Die EU habe mit den bestehenden Verträgen die nötigen Instrumente, um die nationalen Haushalte sowie die Wirtschaftspolitik der Staaten strikter zu überwachen, sagte der Sprecher des Wirtschafts- und Währungskommissars Olli Rehn in Brüssel. *(Fortsetzung Seite 2; Kommentar Seite 10; siehe Wirtschaft, Seiten 11 und 12.)*